



**Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen**

## **Frühlingsession: Ja zum Hafen**

Thürnen, 23. März 2015

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Die Frühjahrsession war ein echter Erfolg. Wir haben den Rheinhafen gesetzlich verankert! Das macht mich stolz und freut mich. Weitere Themen waren der Finanzausgleich, die Durchsetzungsinitiative, Umwandlungssatz und die Frankenstärke.

Und dann noch in eigener Sache: Ich habe mich entschieden, wieder für den Nationalrat zu kandidieren. Ich freue mich auf den Wahlkampf und danke schon jetzt für ihre tatkräftige und auch finanzielle Unterstützung!

### **Nordwestschweiz gewinnt an Bedeutung**

Den Parlamentariern der Region Basel ist es während der Frühlingssession gelungen, bei unseren Ratskolleginnen und -kollegen die Bedeutung der Rheinhäfen ins richtige Licht zu rücken. Rund ein Viertel des Containerumschlages und nahezu ein Drittel des Importes von Benzin, Diesel und Heizöl wird via Binnenschifffahrt über die Rheinhäfen abgewickelt. Die Transportbranche rechnet in den kommenden Jahren mit einer Verdoppelung des Containerverkehrs.

Bauen wir die Rheinhäfen nicht aus, erfolgt der Containerumschlag in Deutschland und Frankreich, der Weitertransport in die Schweiz auf der Strasse. Die Auswirkungen auf unser Verkehrsnetz, die Umwelt und die heimischen Logistikunternehmen wären fatal. Die Revision des Gütertransportgesetzes ist deshalb nicht nur für die Region Basel, sondern für die ganze Schweiz enorm wichtig. Eine deutliche Mehrheit des Nationalrats sprach sich für eine Gleichstellung von Schiene, Schiff und Strasse im kombinierten Verkehr aus. Der Bund wird sich in Zukunft an den Investitionen in den Ausbau der Hafenanlagen beteiligen können. Ich hoffe sehr, dass der Ständerat der Revision des Gütertransportgesetzes ebenso deutlich zustimmen wird.

### **Objektive Kriterien versus politische Dimension beim Umwandlungssatz**

Als zentrales Steuerungsinstrument hängt der Umwandlungssatz, mit dem das angesparte Kapital der obligatorischen beruflichen Vorsorge in Renten umgewandelt wird, von objektiven Kriterien ab: von der Lebenserwartung, vom Zeitpunkt der Pensionierung und vom wirtschaftlichen Umfeld. Doch nach Meinung des Bundesrates hat der

Mindestumwandlungssatz eine erhebliche politische Dimension. Eine Überprüfung alle fünf Jahre sei genügend.

Der Umwandlungssatz darf aber nicht von politischen Entscheiden abhängen. Mit ihrem Postulat, das ich als Fraktionssprecherin vertreten habe, zeigt die FDP vier Alternativen auf, wie der Mindestumwandlungssatz entpolitisiert und für Arbeitnehmende sowie Rentnerinnen und Rentner die Sicherheit ihrer Renten gewährt werden kann. Entgegen dem Willen des Bundesrates unterstützte eine Mehrheit des Nationalrats diese Forderung.

### **Unnötiger Steilpass für die Durchsetzungsinitiative**

Viereinhalb Jahre nach Annahme der „Initiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer“ sollte der Nationalrat einem Kompromiss zustimmen, mit dem auch die SVP hätte leben können. Doch leider kam es anders. Mit der sogenannten Härtefallklausel, der eine Mehrheit des Nationalrates schliesslich zustimmte, können Ausschaffungen verhindert werden. Ich finde es schade, dass die Durchsetzungsinitiative der SVP damit einen Steilpass erhält. Als Mitglied der Staatspolitischen Kommission habe ich deshalb konsequent für eine Lösung auf Gesetzesebene gestimmt. Denn ein Gesetz lässt sich bei Bedarf ohne allzu grossen Aufwand an geänderte Verhältnisse anpassen.

### **Frankenstärke ist politisch nicht „lösbar“**

In der Diskussion rund um die Aufhebung des Mindestkurses des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro ist mir aufgefallen, dass die Rolle der Politik teilweise verkannt wird. Wir können die Frankenstärke nicht politisch lösen. Nur hätten wir schon vor drei Jahren die Entlastung der Wirtschaft anpacken müssen. Denn allen war bewusst, dass die Intervention der Nationalbank nicht ewig andauern würde. Nun tun alle so, als sei es eine Überraschung. Aus der Debatte ziehe ich folgenden Schluss: Es braucht mehr liberales Gedankengut, Vertrauen aufs Unternehmertum und weniger Bürokratie. Alles andere ist Augenwischerei.

Zurzeit plane ich meinen Wahlkampf. Wenn Sie mir persönlich – zum Beispiel mit einer Veranstaltung, einem Plakat an Ihrem Haus, beim Verteilen von Flyern, mit einem Zitat oder auch finanziell – helfen möchten, senden Sie mir bitte eine kurze Nachricht. Darüber würde ich mich sehr freuen.

Viele Grüsse und vorab schon vielen Dank

**Daniela Schneeberger**

Nationalrätin

#### **Kontakt:**

[daniela.schneeberger@parl.ch](mailto:daniela.schneeberger@parl.ch)

[www.danielaschneeberger.ch](http://www.danielaschneeberger.ch)

[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)